

In einer Einführung weist Stv. D. Grütz, darauf hin, dass der Antrag u. a. aufgrund von Gesprächen mit den Schulleitungen basiere. Er gibt zu bedenken, dass 1/3 der Schülerschaft abwandere, um in anderen Kommunen auf eine Schule gehen zu können. Hierbei sei nicht nur die Tatsache von der Hand zu weisen, dass andere Kommunen ihren Schülern bei der Einschulung bereits ein eigenes Tablet aushändigen, sondern das Bergneustadt noch darauf warte, ein funktionsfähiges WLAN zu installieren. Um die Bergneustädter Schulen attraktiver zu machen, sei eine Erhöhung des Schulbudgets unabdingbar. Die Zukunftsfähigkeit einer Stadt sehe man darin, wie zukunftsfähig ihre Schulen seien.

StK Knabe erklärt, dass er sich aufgrund des SPD-Antrags die Entwicklungen der Schulbudgets im Haushalt angesehen habe. Aufgrund der allgemeinen Haushaltssituation müsse er den Anwesenden vor Augen führen, dass der Haushalt der Jahre 2024 bis 2026 ohne Isolierungen ein Defizit von 2 Millionen Euro ausweise. Im Jahr 2026 belaufe sich das Defizit immer noch auf rd. 800.000 Euro. Er weist darauf hin, dass für die Jahre 2024 ff. bereits ein Grundsteuerhebesatz von 959 % geplant sei. Seiner Meinung nach werde es zudem ab dem Jahr 2024 keine Isolierungen mehr geben. Somit werde es in den kommenden Jahren immer schwieriger, einen Haushaltsausgleich darzustellen.

Zudem müsse er der Meinung energisch widersprechen, die Verwaltung wende zu wenig für ihre Schulen auf. Im Rahmen des PPP-Projektes habe die Stadt im 2022 rd. 3 Millionen Euro an den Vertragspartner gezahlt. Für Zinsen und Tilgungen bringe Bergneustadt nochmals 1 Millionen Euro/jährlich auf.

Des Weiteren teilt StK Knabe mit, dass die bereits im konsumtiven Teil des Haushalts eingeplanten 210.000 Euro 35 Grundsteuerpunkte darstellen. Die im SPD-Antrag angesetzte Steigerungsrate für das Schulbudget auf insgesamt 500.000 Euro stehe eine Erhöhung der Grundsteuerpunkte von 35 auf 85 Prozentpunkte gegenüber. Zudem weist er darauf hin, dass aufgrund der Verordnung zum Lernmittelfreiheitsgesetz die Durchschnittsbeträge pro Schüler deutlich angehoben werden müssen. Dies allein führe zu einer 10 %igen Steigerung. Aufgrund der Haushaltssituation halte er eine weitere feste Steigerung bis 2027 für unklug.

Abschließend weist er nochmals darauf hin, dass für die Beschaffung von Schulmobiliar der Vertragspartner Vinci zuständig sei. Des Weiteren sei festzustellen, dass bei der Auslastung der Schulbudgets einige Schulen zum Jahresende hin besser gewirtschaftet haben als andere.

Stv. Schulte erklärt, dass sich der Rat in der Vergangenheit bereits mehrfach mit dem Thema Schulbudgets beschäftigt habe. In diesem Zusammenhang wurden auch Gespräche mit den Schulleitungen geführt, aus denen bekannt sei, dass wenn Bedarf bestehe, die Schulleitung ad hoc Hilfe von der Verwaltung erhalten habe. Die CDU sehe aus diesem Grund keine Notwendigkeit an dem Verfahren etwas zu ändern. Damit die Angelegenheit nochmals mit den Schulleitern besprochen werden könne, stellt er den Antrag auf Verweisung in den Schulausschuss.

Nach einer erneuten intensiven Diskussion des Themas weist Stv. D. Grütz darauf hin, dass eine Verweisung in Schulausschuss zwar sinnvoll sei, aber die Terminierung der Sitzung geändert werden müsse. Zu diesem Zweck sei eine Sitzung nach den Sommerferien Ende August sinnvoll und nicht erst nach der Haushaltseinbringung im November.

Anschließend beschließt der Stadtrat mit 28 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen die Verweisung SPD-Antrages in den Schulausschuss.